

20 Jahre danach

Nie wieder Tschernobyl



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

1986 ...

• • • ist das Jahr des Weinskandals in Österreich und Deutschland, die „Neue Heimat“ steht kurz vorm Konkurs, in Schweden wird Ministerpräsident Olof Palme von Unbekannten erschossen. Und nördlich von Kiew schmilzt im Kernkraftwerk Tschernobyl der Reaktorkern und verursacht die bisher größte Katastrophe in der Geschichte der Atomenergie.

Das ist lange her. Doch Tschernobyl wirkt noch immer: Auch 20 Jahre nach dem Unfall steigt die Kinderkrebsrate in der Ukraine weiter an. Die Kinder, auf unserem Titelbild, wurden lange nach dem Unglück geboren. Sie alle sind krank. Der Sarkophag, der die Strahlung aus dem Unfallreaktor abschirmen soll, ist löchrig und müsste dringend erneuert werden. Auch in anderen Atomkraftwerken gab es seither immer wieder Störfälle – Zufall, wenn nicht gar reines Glück, dass bisher nicht mehr passiert ist.



Ausgelöst wurde die Katastrophe durch schwere Betriebsfehler. Sechs Sekunden nach der Notabschaltung ereignete sich der größte anzunehmende Unfall, ein Super-GAU. Eine radioaktive Wolke breitete sich über ganz Europa aus, ihre Strahlenbelastung forderte auch in Deutschland Todesopfer. Die sowjetische Regierung bewahrte zunächst Stillschweigen über das Unglück. Erst der Alarm in einem schwedischen Atomkraftwerk lenkte die Aufmerksamkeit der westlichen Welt auf Tschernobyl.

Am 28. April registrierten Messstellen in der Umgebung des schwedischen Atommeilers Forsmark einen Anstieg der Radioaktivität. Die Experten vermuteten einen Störfall im eigenen Reaktor. Doch die Radioaktivität war nicht innerhalb, sondern außerhalb des Reaktors angestiegen. Auch in Finnland und Norwegen wurden erhöhte Strahlenwerte gemessen. Eine radioaktive Wolke, so die Folgerung, schwebte über Skandinavien.

Drei Kinder aus dem Waisenhaus Shetovo, Ukraine, bei einem Erholungsurlaub in Österreich. Viele Kinder der Region leiden infolge der Katastrophe unter „Tschernobyl-Aids“, d.h. ihr Immunsystem ist stark geschwächt. Dazu kommen Krebs, Leukämie oder Unterentwicklung. Der Junge rechts, Slobochuk Artem, ist acht Jahre alt, in seiner Entwicklung jedoch auf dem Stand eines Vierjährigen.

Tschernobyl zeigt, wie lange die Menschen unter einem AKW-Unfall leiden und wie weit die Folgen reichen. Die Atomkraft ist ein unkalkulierbares Risiko und wird es immer bleiben. Der sofortige Ausstieg muss deshalb das Ziel jeder humanen Umweltpolitik sein. Wir müssen der Atomlobby, die ein Comeback der Atomkraft herbeireden will, ein starkes Signal entgegensetzen! Der BUND sucht daher eine Million Menschen in Europa, die sich klar gegen die Atomkraft aussprechen. Machen Sie mit und unterschreiben Sie jetzt!

Super-GAU in Tschernobyl

In der Nacht zum 26. April 1986 explodierte Block 4 des ukrainischen Atomkraftwerks „Lenin“ bei Tschernobyl.

Noch am Abend desselben Tages gab die sowjetische Nachrichtenagentur TASS bekannt, dass es im Kernkraftwerk Tschernobyl einen Unfall gegeben habe. Am nächsten Tag lieferten die Tageszeitungen die ersten Berichte. In Deutschland berichtete die „Tagesschau“, dass sich in der Sowjetunion „offenbar ein ernster Atomunfall“ ereignet habe. Am 29. April wird schließlich eine 30-Kilometer-Sicherheitszone um das Kraftwerk gezogen, alle 135.000 Einwohner werden evakuiert. Bei Sicherungs- und Aufräumarbeiten werden 800.000 Hilfskräfte eingesetzt. Insgesamt dauert es zehn Tage, den Brand zu löschen.

Die Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ geht davon aus, dass bis 1999 rund 50.000 dieser Helfer an den Strahlenfolgen gestorben

sind. Die Zahl der Tschernobyl-Opfer wird auf mehrere hunderttausend geschätzt.

Nach Angaben des Umweltinstituts München wurde um den Reaktor herum eine Fläche von rund 40.000 qkm – das ist die doppelte Größe Bayerns – so stark radioaktiv verseucht, dass sie auf Jahrzehnte hin unbewohnbar und landwirtschaftlich nicht nutzbar bleibt. Insgesamt mussten 400.000 Menschen ihre Heimat verlassen.

Bis heute sind etwa 70.000 Menschen an den Folgen von Tschernobyl gestorben (Prof. Lengfelder, Otto-Hug-Strahleninstitut). Drastisch zugenommen haben seit der Tschernobyl-Katastrophe zudem Brust-,Lungen- und Prostatakrebs.

Radioaktive Wolke auch über Deutschland



Bis zum 26. April 1986 war Tschernobyl weit entfernt. Auch als die Explosion des Reaktors in der Bundesrepublik bekannt wurde, rechneten offizielle Stellen nicht damit, dass sich die radioaktive Wolke so weit ausbreiten würde. Der damalige Bundesinnenminister Zimmermann, zuständig für Umweltfragen, betonte noch drei Tage nach der Explosion, eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung sei „ausgeschlossen“, Tschernobyl 1.800 Kilometer entfernt. Noch einen Tag später gab auch die baden-württembergische Landesregierung bekannt, dass keine Gefahr bestehe. Zu diesem Zeitpunkt hatte die radioaktive Wolke Deutschland bereits erreicht. Die hohe Rauchsäule und wechselnde Winde verteilten den radioaktiven Fallout schnell über ganz Europa.

Erste Warnungen der deutschen Behörden gab es erst Anfang Mai, sie betrafen Milch und Blattgemüse. Die Bundesländer schätzten die gesundheitlichen Gefahren durch die Strahlenbelastung sehr verschieden ein. Das hessische Sozialministerium empfahl, Freibäder zu schließen. Hamburger Schulen wurden angewiesen, Schüler bei Regen nicht auf den Pausenhof zu lassen. Nordrhein-Westfalen empfahl, dass Schwangere und Kleinkinder auf Frischmilch verzichten.

Bei den Bürgern wuchs die Unsicherheit mit jeder Anordnung. Warnungen und Entwarnungen wechselten sich ständig ab, dazu kam eine komplette Begriffsverwirrung durch die verschiedenen Maßeinheiten Becquerel, Rem, Curie und Sievert. Es begann ein Ansturm auf Jodtabletten, die verhindern sollten, dass sich radioaktives Jod in der Schilddrüse einlagern und dort Krebs auslösen kann. Am 23. Mai gaben mehrere Landesregierungen wieder Ent-

Nur 130 Kilometer von Kiew entfernt strahlen in Block 4 des havarierten Reaktors von Tschernobyl immer noch 200 Tonnen geschmolzener Kernbrennstoff vor sich hin. Es besteht die ständige Gefahr, dass der provisorische (!) Sarkophag über dem Reaktor Risse bekommt. Das Geld reicht gerade für die dringenden Instandhaltungsarbeiten.

warnung – Gemüse könne jetzt wieder bedenkenlos gegessen werden. Doch noch im Juni warnten Wissenschaftler vor Wildfleisch, ebenso vor freilaufendem Geflügel und vor Milch.

Die Bevölkerung der DDR wurde über die Katastrophe von Tschernobyl sehr spärlich informiert. Am 8. Mai teilte das staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz mit, dass „keinerlei gesundheitliche Gefährdungen für die Bevölkerung der DDR bestanden haben oder bestehen“. Ergebnisse von Strahlungsmessungen wurden nicht veröffentlicht, Warnungen vor belasteten Lebensmitteln gab es nicht. Die Schutzmaßnahmen des Westens wurden als Panikmache und als Versuch verurteilt, die Sowjetunion zu diskreditieren.

Das Umweltinstitut geht allein für Westdeutschland von mehreren hundert (zusätzlichen) Totgeburten durch die Folgen der Strahlenerhöhung im Frühjahr 1987 aus.

Kein Licht am Ende des Tunnels

Um den Austritt weiterer Radioaktivität zu verhindern, wurde nach der Katastrophe in größter Eile eine Betonhülle um den zerstörten Reaktor gebaut. Dieser „Sarkophag“ wurde im November 1986 fertig gestellt. Er besteht aus 7.000 Tonnen Stahl und 410.000 Kubikmetern Beton. Inzwischen ist der Sarkophag undicht, die Risse im Beton sind bis zu zehn Zentimeter breit, durch das Dach gelangt Regenwasser ins Innere. Eine Studie der EU konstatiert akute Einsturzgefahr. Bei einem Einsturz würde eine riesige radioaktive Staubwolke entstehen, die die

Es scheint so, als sähe die IAEO ihre Aufgabe ausschließlich in der Förderung der Atomkraft – und nicht in der Information über die oft verheerenden Folgen der Technologie. So ergeben beispielsweise die Untersuchungen der Atomenergiebehörde zu „negativen Gesundheitseffekten“ der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, dass seit dem Unfall „kein deutlicher Anstieg von Leukämie oder Schilddrüsentumoren“ zu verzeichnen sei. Die IAEO ignoriert dabei unverblümt bereits vorliegende Daten und Fakten einschließlich des unbestrittenen wissenschaftlichen Nachweises für den zigfachen Anstieg von Schilddrüsenkrebs bei Kindern. Ein weiteres Beispiel für die Verharmlosungstaktik der IAEO: 2005 gibt die Behörde lediglich 4.000 Todesfälle infolge des Tschernobylunfalls an; es handele sich dabei um 50 Reaktorarbeiter, neun Kinder mit Schilddrüsenkrebs und geschätzte 3.940 Tote infolge strahlenbedingter Krebserkrankungen und Leukämien. Dabei sind bis 1999 bereits 50.000 Arbeiter



Eine Gruppe von Kindern aus der Region Gomel in Belarus zur Erholung in Deutschland. Seit dem Reaktorunfall ist auch hier die Zahl der kranken Kinder durch die radioaktive Verseuchung rapide gestiegen. Die Kinder leben für vier Wochen in deutschen Gastfamilien und erholen sich in gesunder Luft und mit unverstrahlter Nahrung.

Umgebung zusätzlich verseuchen würde. Auch der eindringende Regen kann zu einer Kettenreaktion im verbliebenen Reaktorkern führen.

Die anderen Blöcke des AKW Tschernobyl wurden im Dezember 2000 endgültig stillgelegt. Mit der Abschaltung des Kernkraftwerks hören die Probleme noch lange nicht auf. Im Juli 2000 sagen die Vereinten Nationen für die Sanierung des Sarkophags Finanzhilfen in Höhe von 715 Mio. US-Dollar zu. Das Geld reicht jedoch hinten und vorne nicht: Für eine komplette Abschirmung benötigt man gut das Vierfache.

In letzter Zeit versucht die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) wieder verstärkt, die dramatischen Folgen der Katastrophe klein zu reden und – zu rechnen.

und Soldaten gestorben. Die tatsächliche Zahl der Tschernobyl-Opfer wird weit höher geschätzt.

Auch im Jahr 2006 werden IAEO und andere sicher wieder versuchen, die Folgen von Tschernobyl zu verharmlosen. Es wird Zeit, dass die IAEO ihre Aufgabe als UN-Organisation ernst nimmt und ihre offensive Unterstützung der Atom-Lobby beendet.

Damit sich der BUND auch weiterhin aktiv für den Schutz unserer Lebensgrundlagen einsetzen kann, sind wir auf Ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Spendenkonto: 400 700-501, Postbank Köln, BLZ 370 100 50. Online spenden: www.bund.net und www.bund-gegen-atomkraft.de

Unterschriften-Kampagne

1 Million Europäer verlangen den Atomausstieg

Die Europäer sind mehrheitlich gegen die Atomenergie. Es wird Zeit, dass diese Tatsache endlich auch von der Politik akzeptiert wird! Dazu gehört die Abschaffung des EURATOM-Vertrags, dessen Ziel nach wie vor der Ausbau der Nuklearindustrie ist. Geschlossen 1957, ist der Vertrag heute immer noch in Kraft und gewährt u.a. Milliardenkredite für die Errichtung oder Modernisierung von Atomkraftwerken. Als Resultat ist die EU heute mit 156 Reaktoren der weltweit führende Erzeuger von Atomenergie. Damit muss endlich Schluss sein!

Der BUND beteiligt sich an einer europaweiten Unterschriftenaktion – unterschreiben auch Sie!

An die EU-Kommission, die Abgeordneten im Europäischen Parlament, die Staats- und Regierungsoberhäupter der EU-Mitgliedsstaaten und die Abgeordneten in den nationalen Parlamenten und Landtagen.

Als UnterzeichnerIn dieser Petition fordere ich Sie auf:

- Stoppen oder verhindern Sie den Neubau von Atomanlagen in Europa.
- Veranlassen Sie, dass die Europäische Union und jeder Staat der EU, der Atomkraftwerke betreibt, Ausstiegspläne aus der Atomindustrie vorlegt – der Ausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen.
- Engagieren Sie sich für ein umfassendes Investitionsprogramm für mehr Energieeffizienz und die Entwicklung von erneuerbaren Energien.
- Setzen Sie sich für das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten EURATOM-Vertrages ein. Mit diesem Vertrag werden öffentliche Gelder für die Stützung der Atomindustrie verwendet!

Nur diese Maßnahmen machen es möglich, gleichzeitig gegen die Atomindustrie und gegen die Klimaveränderung vorzugehen!



Schwarz-gelber Protest gegen Atomkraft



Phantasievoll auf der Bühne: Tanzen für den Atomausstieg.



Politiker: Wahlversprechen einhalten, Atomausstieg jetzt!

Bitte senden Sie die ausgefüllte Unterschriftenliste an: BUND e.V., Energiereferat, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin; Fax: 030/27586-440, Online unterschreiben: www.bund-gegen-atomkraft.de. Gerne können Sie diese Seite auch kopieren und weitergeben.

Diese Unterschriftenaktion wurde initiiert von Sortir du Nucleaire (Frankreich), Atomstopp (Österreich), WISE (Niederlande) und Women for Peace (Finnland) und wird von mehr als 150 europäischen Organisationen unterstützt.

Ihre persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke erfasst und – ggf. durch Beauftragte des BUND e.V. – auch zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt.

Name	Adresse	E-Mail	Unterschrift

... 2006:

Sofort Schluss mit Atomkraft

Atomkraft hilft nicht beim Klimaschutz

Genauso gut könnte man Castortransporte als umweltfreundlich begrüßen, weil die gefährliche Fracht mit der Bahn kommt. Fakt ist: Atomstrom deckt nur knapp 3% der Energieversorgung weltweit, weniger als Wasser, Wind und Sonne. Ein nennenswerter Ausbau ist schlicht unrealistisch. Vor allem ist Uran vor den anderen fossilen Energiereserven erschöpft, kann also gar nicht dauerhaft gegen den Treibhauseffekt helfen. Atomstrom ist nicht CO₂-frei, nur der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien macht Klimaschutz möglich.

Die Mär vom sicheren AKW

Wir haben die Gefahren nicht im Griff, das zeigt nicht nur die verheerende Katastrophe von Tschernobyl. Bereits 1979 hat es in Harrisburg (USA) einen schweren Unfall in einem AKW gegeben, und auch in den letzten Jahren ist es in Deutschland und weltweit immer wieder zu ernststen Störfällen in Atomanlagen gekommen: Biblis (Deutschland) 1987, Tokaimura (Japan) 1999, Brunsbüttel (Deutschland) 2001, Paks (Ungarn) 2004 und zuletzt in der Nähe von St. Petersburg (Russland) 2006. Hinzu kommt, dass Terroristen an jedem Atomstandort auch in Deutschland einen Super-GAU auslösen können.

Atomkraft ist nicht zukunftsfähig

Was ist nachhaltiger: Millionen Jahre strahlender Atom- müll oder erneuerbare Energien? Wasser-, Wind- und Sonnenenergie können die Atomkraft dauerhaft ersetzen! Das sind nicht nur ökologische Wunschträume, wie gerne argumentiert wird, sondern schlicht der einzige Weg, zukunftsfähig in großen Mengen Energie zu erzeugen. Und wenn die Atomlobby noch so sehr unkt: Auch ohne Atomstrom sind wir nicht auf Stromlieferungen aus dem Ausland angewiesen.

Atomstrom: weder recht noch billig

Atomkraft ist die am höchsten subventionierte Energiequelle. Die Bundesregierungen haben seit 1960 mehr als 20 Mrd. Euro in die Atomforschung gesteckt. Der Strompreis stieg zur Markteinführung der Atomkraft (1970 bis 1985) um 5 Ct/kWh. Die Stromkonzerne legten 35 Mrd. Euro steuerfreie „Entsorgungs“-Rücklage an, die sie zum Aufkauf von Marktkonkurrenten missbrauchten. Die Entsorgungskosten sind nicht absehbar. Der größte Marktvorteil gegenüber anderen Stromerzeugern steht im Atomgesetz: Atomkraftwerke sind von einer angemessenen Haftpflichtversicherung befreit.

Längere Laufzeiten bremsen Energiewende

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke sind für Deutschland energiepolitisch kontraproduktiv. Sie schieben die nötige Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und mehr Effizienz weiter hinaus. Derzeit stehen viele Investitionen in neue Kraftwerke an. Diese müssen nach Auffassung des BUND eine Wende zu effizienteren, dezentraleren Kraftwerken einleiten. Bleiben die AKW am Netz, fehlt der Druck für Neuinvestitionen.

Atomkraft schafft keine Arbeitsplätze

Die deutsche Atomindustrie hat in den letzten Jahrzehnten massiv Arbeitsplätze verloren. Tausende neuer Arbeitsplätze gäbe es aber z.B. bei der Wärmedämmung (Baugewerbe). Die erneuerbaren Energien stellen bereits jetzt 140.000 Arbeitsplätze bereit, Tendenz stark steigend.

Friedliche Nutzung gibt's nicht

Nicht erst das Beispiel Iran zeigt, dass zivile und militärische Nutzung der Atomenergie nicht zu trennen sind. Alle Staaten, die nach den USA Atombomben gebaut haben, hatten zunächst ein ziviles Atomprogramm. Das zeigt: Der Export und die Verbreitung von Atomtechnologie erhöht erheblich das Risiko der Verbreitung von Atomwaffen.